



## 7. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 30. März 2015, 19:00 bis 20:40 Uhr
Ort	Saal reformiertes Pfarreizentrum ReZ
Vorsitz	Patrick Schnider (SP/Grüne), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Stefanie Huber Benedikt Stockmann SR Martin Bäumle
Unentschuldigt abwesend	Gabriela Dunst
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Andreas Sturzenegger: Bereich SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

---

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 6. Sitzung vom 2. Februar 2015
3. Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) "Förderung preisgünstigen Wohnraums" / Beantwortung  
GR Geschäft 31/2014
4. Volksinitiative "Stadtkern = Leepünt"  
GR Geschäft 26/2014
5. Bürgerrechtsgesuche:
  - 5.1. Radice Maria, spanische Staatsangehörige, Usterstrasse 75, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 25/2014
  - 5.2. Magalhaes Nunes José und Rodrigues Proença Nunes Ana, portugiesische Staatsangehörige, sowie die Kinder Fabio und Tamara, Oskar-Bider-Strasse 23, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 28/2014



- 5.3. Hoxhaj Rafet, kosovarischer Staatsangehöriger, sowie das Kind Anela, Birchlenstrasse 21b, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 34/2015
- 5.4. Mouratova Natalia, russische Staatsangehörige, Tichelrütistrasse 24, Gockhausen / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 35/2015
6. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2014/15

## 1. Mitteilungen

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur siebten Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

### *Neue Geschäfte seit dem 2. Februar 2015*

Der Stadtrat hat folgendes neues Geschäft überwiesen:

- Genehmigung des Bauprojektes und Bewilligung des Baukredites für die Teilsanierung und Erweiterung Schulhaus Wil

Dieses Geschäft wird derzeit durch die GRPK vorberaten.

Ebenfalls eingegangen ist:

- Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan „Pfadiheim Schlupf“ und den dazugehörigen Planungsmitteln (Waldabstandslinie, Änderung Zonenplan und Bauordnung)

Dieses Geschäft wird derzeit durch die KRL vorberaten.

Folgendes ist beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) „Mobilfunkantennen in Wohnquartieren“

### Fraktions- und persönliche Erklärungen

#### *Daniel Brühwiler (glp/GEU)*

„Stephan Widrig, neuer CEO des Flughafens Zürich, interpretiert bisherige Stellungnahmen des Flughafens neu – eine Auslagerung der Kleinfliegerei nach Dübendorf wird vom Flughafen Zürich öffentlich gefordert. Mehr Flugbewegungen auf beiden Flugplätzen und damit massiv mehr Fluglärm für unsere Stadt wären die Folge. Zudem sind plötzlich Pistenausbauten, auch ohne den Staatsvertrag mit Deutschland, ein Thema. In dieses Bild passt die Studie „Monitoring der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Luftverkehrs“. Diese peilt in Kloten einen Umsteigehub mit 376'000 Flugbewegungen bis 2030 an. Darin wird darüber gejammert, wie benachteiligt Zürich doch sei, z.B. wegen der Nachruheverordnung oder weil bei den Sicherheitskosten das Verursacherprinzip gilt. Die glp/GEU wehrt sich mit aller Kraft gegen solche Aussagen und Tendenzen! Der Flughafen Zürich muss kein internationaler Umsteigehub sein, sondern die Schweiz angemessen bedienen. Gewinnwünsche der Flughafen



AG stehen nicht über den Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung unserer Region! Und damit es nochmals klar gesagt ist: Die Zivilfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf wollen wir nicht: Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren.“

## 2. Protokollgenehmigung der 6. Sitzung vom 2. Februar 2015

---

Zum Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2015 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## 3. Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) "Förderung preisgünstigen Wohnraums" / Beantwortung GR Geschäft 31/2014

---

### Stellungnahme

*Hans Baumann (SP/Grüne)*

„Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Dübendorfs haben am 9. Februar 2014 sehr deutlich den Gegenvorschlag zu unserer Initiative „Wohnen für alle“ angenommen. Dieser verpflichtet die Stadt, sich für die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip einzusetzen. Vor dieser Abstimmung hatte der Stadtrat versprochen, „zukünftig aktiver mit genossenschaftlichen Wohnbauträgern zusammenzuarbeiten“ und er erwähnte zahlreiche städtische Areale, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau im Baurecht zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Antwort auf unsere Frage, was inzwischen in diese Richtung geschehen ist, fällt leider sehr enttäuschend aus. Heute, über ein Jahr nach dem klaren Verdikt des Volkes, hat der Stadtrat offensichtlich, ausser beim bereits verabschiedeten Gestaltungsplan Tulpenstrasse, weder konkret etwas unternommen noch Pläne, wo und wie der kostengünstige Wohnungsbau gefördert werden kann. Die Antworten sind aber auch unsorgfältig abgefasst: So fehlt ein Hinweis auf die Initiative „Alterswohnungen im Zentrum“, die vom Gemeinderat angenommen wurde und ausdrücklich die Abgabe im Baurecht und das Kostenmiete-Prinzip verlangt. Auch wird kein Wort über das Leepünt-Areal verloren, obschon der Stadtrat vor der Abstimmung vom 9. Februar 2014 auch einen Teil dieses Areals für den kostengünstigen Wohnungsbau reservieren wollte. Aber eben: Was vor einer Abstimmung gesagt und geschrieben wird, unterscheidet sich leider oft von dem, was nachher gemacht oder eben nicht gemacht wird. Unsere Fragen beziehen sich auch auf eine zweite Volksabstimmung, der kantonalen Vorlage vom 28. September 2014. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten über eine Vorlage von Regierung und Kantonsrat abzustimmen. Gemeinden sollen demnach bei Zonenänderungen, in Bauvorschriften oder Gestaltungsplänen auch für private Grundstücke einen Mindestanteil von preisgünstigem Wohnraum festlegen können, sofern sich daraus erhöhte Ausnutzungsmöglichkeiten ergeben. Auch diese Vorlage wurde im Kanton und in Dübendorf mit über 60 % angenommen, in Dübendorf sogar mit dem höchsten Ja-Anteil im Bezirk Uster! Der Stadtrat bekommt dadurch eine weitere Möglichkeit auf dem Silbertablett serviert, um auch die Wohnbauförderung gemäss Abstimmung vom 9. Februar 2014 umzusetzen. Wir fragten deshalb, wie und wo sich der Stadtrat eine Umsetzung dieser kantonalen Bestimmungen vorstellen könnte. Auch hier scheint uns die Antwort des Stadtrates mehr als unbefriedigend. Man verschanzt sich hinter dem Argument, dass die vom Kanton zu erarbeitenden Grundlagen und Vorstellungen abzuwarten seien. Zudem werden Entschädigungsforderungen durch evtl. Nutzungsbeschränkungen befürchtet. Offensichtlich hat sich der Stadtrat noch nicht einmal die Mühe genommen, die Vorlage vom 28. September und die regierungsrätlichen Erläuterungen dazu gründlich zu lesen. Die Vorlage besteht nämlich aus einem ausformulierten Gesetzestext. Wir wissen also genau,



was in diesem Gesetz steht, auch wenn es erst in den nächsten Monaten in Kraft tritt und Details dazu noch in einer Verordnung geregelt werden. Und was die Angst vor Entschädigungsforderungen angeht: Wenn sich eine Gemeinde bei der Umsetzung an den Gesetzestext hält, sind keine Entschädigungsforderungen zu befürchten, das schreibt auch der Regierungsrat. Im Übrigen wollen wir nicht, dass der Stadtrat die neuen Bestimmungen schon anwendet, bevor sie in Kraft getreten sind. Obwohl andere Gemeinden (z.B. die Stadt Zürich) in privaten Gestaltungsplänen solche Mindestanteile für preisgünstigen Wohnraum bereits festlegen und mit Bauherren vereinbaren. Aber wir möchten, dass sich die Stadt jetzt darüber Gedanken macht, wie und wo die neuen Bestimmungen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) angewendet werden können. Schliesslich geht es doch hier um die Planung der nächsten 10, 20 Jahre. Da sollte es doch selbstverständlich sein, gewisse Überlegungen anzustellen und vorauszudenken! Dies insbesondere, wenn das Verdikt der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwei Mal hintereinander so deutlich war wie hier. Ich appelliere deshalb an den Stadtrat: Nehmen Sie den so klar geäusserten Willen des Volkes wahr und unternehmen Sie endlich konkrete Schritte in Sachen Wohnbauförderung!“

***Theo Johner und Daniel Griesser treffen ein.***

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion

Keine.

**Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.**

#### **4. Volksinitiative "Stadtkern = Leepünt" GR Geschäft 26/2014**

Referat Sprecher GRPK-Mehrheit Daniel Brühwiler

„Die vorliegende Volksinitiative fordert auf dem Leepünt-Areal eine städtische Überbauung mit folgenden Vorgaben:

- Leepüntsaal, welcher für ca. 600 Personen Platz bieten soll
- Weitere Räumlichkeiten für Vereine und Gruppierungen
- Gemeinnütziges Wohnen (Wohnanteil 50 %)
- Kein Verkauf des Areals

Ich werde versuchen, die Stellungnahme des Stadtrates zusammen zu fassen. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung dieser Volksinitiative. Bereits bei Einreichung der Initiative war bekannt, dass der Stadtrat für dieses Areal eigene Entwicklungsvorstellungen hat, worüber die GRPK und die KRL vorgängig informiert wurden. Auch im Legislaturprogramm ist dieser Punkt erwähnt, weshalb die ablehnende Haltung des Stadtrates nicht erstaunt. Ein Saal mit 600 Plätzen wird vom Stadtrat als überdimensioniert angesehen. Ebenfalls befürchtet der Stadtrat, dass der hohe Anteil des gemeinnützigen Wohnbaus und das absolute Verkaufsverbot das Interesse von möglichen Investoren reduzieren könnten. In der GRPK wurde die Diskussion im Wesentlichen über den geforderten Leepüntsaal geführt. Dem Stadtrat wurden einige Fragen gestellt, unter anderen nach einer Umfrage bei den Vereinen zur Klärung der Raumbedürfnisse, worauf der Stadtrat sich auch in seiner Weisung abstützt. Die GRPK konnte in diese Unterlagen Einsicht nehmen. Allein auf diese Umfrage gestützt, kann keine klare Aussage abgeleitet werden. Jedoch kann ein Punkt klar aus der Umfrage herausgelesen werden: Ein Saal dieser Grösse entspricht nicht den Bedürfnissen der Vereine. Wenn man die Umfrage



seriös auszuwerten versucht, kommt man auf ungefähr 5 bis 15 Veranstaltungen im Jahr, welche diesen Saal eventuell füllen würden. Somit stellt sich die Frage, wie der Saal im restlichen Teil des Jahres gefüllt werden soll. Zudem wurde vor vier Wochen durch den Stadtrat eine Informationsveranstaltung zum Vorhaben „Mehrzwecksaal bei der Oberen Mühle“ durchgeführt. Dieses Geschäft hat ebenfalls einen Zusammenhang mit dieser Initiative. Denn wenn man über einen Stadtsaal spricht, muss man auch beachten, was sonst noch in der „Pipeline“ ist. Auf die Informationsveranstaltung gehe ich nicht im Detail ein, da sie für alle Gemeinderäte zugänglich war. Kurz zusammengefasst: Auch dort ist ein Saal vorgesehen, der 250 Personen fassen soll. Auch weitere Räumlichkeiten für Vereine sind vorgesehen. Aus all diesen Punkten folgt nun der Antrag der GRPK-Mehrheit, dem Stadtrat zu folgen und somit die Volksinitiative abzulehnen.“

## Referat Sprecherin GRPK-Minderheit Tanja Boesch

„Wie bereits der Titel der Initiative ausdrückt, geht es nicht in erster Linie um den Saal, sondern um den Stadtkern Leepünt. Ein ansprechender Stadtkern ist etwas, was sich viele Dübendorfer Bürgerinnen und Bürger wünschen, wie auch eine Umfrage des Verschönerungsvereins Dübendorf (VVD) am letzten Dorf-Fest gezeigt hat. Die Initiative möchte nebst dem Saal, eine sinnvolle, gemeindefördernde Überbauung des Leepünt-Areals, die das gemeinschaftliche Leben fördert und das Stadtbild aufwertet. Seien wir mal ehrlich, bis heute ist ein attraktiver Stadtkern nicht wirklich erkennbar. Ein Platz, wo sich Leute treffen, wohnen, verschiedenen gemeinsamen Beschäftigungen nachgehen können, auch eine Oase, die zum Verweilen einlädt, für Alt und Jung. Mit der Annahme der Initiative entscheiden wir auch darüber, ob wir einen verdichteten Riegel mitten im Stadtzentrum wollen. Uster hat das mit der Überbauung an der Poststrasse bereits gemacht und das Ergebnis ist gelinde gesagt deprimierend, denn am Nachmittag ist es zwischen diesen Häusern einfach dunkel und kalt. Wie dicht verdichtet ist, können wir bestimmen. Eine Alternative ist eine innovative Architektur, die Luft und Licht zwischen die Gebäude bringt, und damit auch zur Attraktivität unserer Stadt und unseres Stadtkerns beiträgt. Ein gutes Beispiel dafür ist eine Überbauung in Graz. Der Stadtrat verweist auf den geplanten Saal bei der Oberen Mühle und auf die Neugestaltung des Glattufers. Eine wachsende Stadt braucht aber mehr als nur gerade einen Platz, auf dem man sich aufhalten und auch erholen kann. Ein Innovationspark mit Erholungsflächen ist ebenfalls kein Argument, da wir wohl noch Jahrzehnte darauf warten müssen. Der Saal bei der Oberen Mühle wird, wie heute schon vorauszusehen ist, vor allem für den Betrieb des Kulturzentrums genutzt werden, was ja auch richtig ist. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung brauchen wir neue, vielseitig verwendbare Mehrzweckräume. Ob das nun ein Saal, oder vielmehr ein teilbarer Mehrzweckraum ist, wie z.B. die Flumseriei, muss bei der Planung abschliessend geklärt werden. Bei einer Annahme der Initiative hätten wir die Chance mitzugestalten und eine für das Leepünt und unser Stadtzentrum würdige Überbauung zu realisieren. Ohne Initiative bleibt uns nichts anderes übrig, als zuzuschauen und zu hoffen, dass der Stadtrat eine gute Lösung findet. Wir gestalten auf jeden Fall lieber selber mit! Mit der Annahme der Initiative lassen wir uns sehr viel mehr Möglichkeiten offen, die wir nicht vergeben sollten. Darum empfiehlt die GRPK-Minderheit die Annahme dieser Initiative.“

## Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

## Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Als erstes bedanke ich mich bei der GRPK für die intensive Auseinandersetzung mit diesem Geschäft. Es ist mir bewusst, dass es neben den sachlichen Punkten auch ein emotionales Geschäft ist. Natürlich ist es dem Stadtrat ein Anliegen, die Probleme und Schwierigkeiten der Vereine aktiv anzugehen und Lösungen zu finden. Wir müssen diese jedoch in ihrer Gesamtheit betrachten und attraktive Lösungen finden, die kostengünstig sind und auch im Betrieb funktionieren. In der Diskussion über einen grossen Saal wurde über eine mögliche Unterteilung gesprochen, so dass mehrere Vereine diesen gleichzeitig nutzen könnten. Dies ist jedoch nicht denkbar, da es keine technischen Möglich-



keiten gibt, einen Saal so hermetisch abzuschotten, dass unterschiedliche Tätigkeiten gleichzeitig möglich sind. Auch der Stadtrat will ein attraktives Stadtzentrum, wurde jedoch durch diese Volksinitiative in der Zielerreichung gestoppt. Eine Mitsprache war von Anfang an geplant, sowie auch eine transparente Informationspolitik. Dieser Weg wurde durch diese Initiative nun vorübergehend unterbrochen. Das Ziel des Stadtrates ist eine attraktive Zentrumsgestaltung. Wie er mit dem Thema der Verdichtung umgehen will, wurde bereits in einem Schema aufgezeigt. Nun will ich aber auf die Ziele der Volksinitiative zurückkommen. Diese verlangt einen Leepüntsaal mit mindestens 600 Personen, weitere Räumlichkeiten für Vereine und andere interessierte Gruppierungen von Dübendorf sowie einen Wohnanteil von mindestens 50 %, der gemeinnützig erstellt und betrieben wird. Die Ansprüche, die Tanja Boesch in ihrem Referat ausgeführt hat, sind andere und werden auch mit der Vorgehensweise des Stadtrates erreicht. Somit kann nicht die Volksinitiative etwas retten, was der Stadtrat falsch angegangen hat, sondern sie setzt lediglich einen anderen Schwerpunkt. Wenn die Volksinitiative auch vom Volk abgelehnt wird, wird der Stadtrat sein ursprünglich geplantes Projekt in den Gemeinderat bringen. Die Mitwirkung ist durch die nachfolgende Debatte sichergestellt. Dies gewährleistet somit jederzeit das geforderte Mitspracherecht. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir mit unserer Projektierung soweit fortgeschritten waren, dass wir für die Diskussion über die Entwicklung des Areals im Gemeinderat bereit gewesen wären. Auch wir wollen den IST-Zustand nicht so bestehen lassen. Somit müsste man die Volksinitiative und das Projekt des Stadtrates miteinander vergleichen und nicht die Volksinitiative mit dem IST-Zustand. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie dem Stadtrat folgen werden und bitte Sie um Ihre Unterstützung.“

## Allgemeine Diskussion

### *Patrick Schärli (CVP)*

„Was die Inhalte der Initiative angeht, da ist für uns der Fall klar. Es braucht keinen weiteren Saal in Dübendorf. Deshalb lehnen wir die Initiative klar ab. Was die Gleichung "Stadtkern=Leepünt" angeht, da gehen wir einig. Das Leepünt hat das Potenzial für ein Leuchtturm-Projekt, welches unseren Stadtkern stärkt. Dazu braucht es aber einen komplett neuen Ansatz, damit Dübendorf auch im Zentrum zur Innovationsstadt wird. Zuerst zur Initiative und ihrer Hauptforderung nach einem Saal: Die Erhebung der Raumbedürfnisse bei den Vereinen hat gezeigt, dass die vorhandene Kapazität an Räumlichkeiten den Bedarf für Veranstaltungen und Zusammenkünfte weitestgehend deckt, aber die Finanzierung und die langfristige Verfügbarkeit ein Problem darstellen. Anstelle eines überdimensionierten Saalprojekts, welches sowohl von der Auslastung als auch von der Finanzierung her problematisch ist, rufen wir alle Anbieter - private wie auch öffentliche - auf, für eine alternative Lösung Hand zu bieten,

- damit alle bestehenden Räume und Säle verbindlich und langfristig gebucht werden können, so wie es für die Nutzer notwendig ist.
- damit die Finanzierung für die Vereine anders geregelt werden kann, so dass die Räumlichkeiten finanziell tragbar werden.

Dies setzt voraus, dass in einzelnen Fällen das Gesamtinteresse über das Eigeninteresse gestellt wird. Vor allem aber wird dadurch das bereits bestehende Angebot auch richtig genutzt. Dieser Ansatz hat auch für private Betreiber von Räumlichkeiten grosse Vorteile, würde doch ein zusätzlicher Saal die Auslastung ihrer eigenen Räume reduzieren und damit die eigene finanzielle Belastung erhöhen. Nun als Zweites zur Gleichung "Stadtkern=Leepünt": Ja, das Leepünt hat grosses Potenzial, den Stadtkern aufzuwerten. Das setzt voraus, dass nicht einfach aus Renditeüberlegungen heraus ein 08/15-Projekt erstellt wird, wie dies seitens Stadtrats angedacht ist. Ein "Nein" zu dieser Initiative darf auf keinen Fall als "Ja" zum aktuellen Vorgehen des Stadtrates in Bezug auf die Entwicklung zum Areal Leepünt verstanden werden. Das bisherige Vorgehen unserer Exekutive ist schon im Ansatz verkehrt, denn wer im stillen Kämmerlein und ohne klare Zielvorstellung direkt ins Ziel vorprescht, ohne Vernehmlassung und ohne Einbezug der Öffentlichkeit, kann keine Zustimmung erwarten. Wer Standard-Vorgehen zur Planung wählt, bekommt automatisch auch nur Standard-Lösungsansätze präsentiert. Auf dem Leepünt Areal darf nicht einfach etwas gebaut werden, nur damit das Areal überbaut ist. Es soll auch kein Renditeobjekt entstehen. Vielmehr soll etwas Innovatives entstehen,



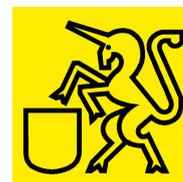
eine Art Leuchtturm-Projekt, welches der Stadt und seinen Bewohnern als Zentrum dient. Etwas, auf das man stolz sein kann und mit dem sich alle identifizieren können - ein Projekt von Dübendorf für Dübendorf. Wir fordern den Stadtrat auf, den Ideen-Findungs-Prozess zu öffnen, um eine breit abgestützte Lösung mit Zukunftscharakter zu ermöglichen. Als Pionier- und Innovationsstadt hat Dübendorf auch im Zentrum ein Innovationsprojekt verdient. Ich fasse zusammen:

1. Wir brauchen keinen weiteren Saal, sondern müssen uns alle - Private und öffentliche Hand - dafür einsetzen, das Bestehende optimal zu nutzen.
2. Die Gleichung stimmt: Leepünt=Stadtzentrum. Das Leepünt hat grosses Potenzial zu einer aussergewöhnlichen Aufwertung des Stadtzentrums. Wir wollen kein Standardprojekt. Wir wollen ein Innovationsprojekt. Auch wenn vielleicht bestehende Ideen über Bord geworfen werden müssen: Haben wir den Mut, von vorne zu beginnen und gemeinsam mit der Bevölkerung ein Leuchtturm-Projekt entstehen zu lassen.“

*Andrea Kennel (SP/Grüne)*

„Wie viele Leute leben wirklich in Dübendorf und wie viele schlafen nur hier? Viele Menschen wohnen nur vorübergehend in Dübendorf und sind dadurch eher nach Zürich ausgerichtet. So gesehen ist Dübendorf mindestens zum Teil eine Schlafstadt. Meine Familie und ich sind vor 24 Jahren nach Dübendorf gezogen, haben uns ins Vereinsleben integriert und wohnen dadurch in einer lebendigen Stadt Dübendorf. Ich selbst darf in der Arbeitsgruppe „Echoraum“ das Kammerorchester, den Stadtchor und den Handharmonikaverein vertreten. Somit spreche ich heute primär als Vereinsvertreterin von Dübendorf. Wenn ich sage, dass Dübendorf eine Schlafstadt sei, sagen hoffentlich - vor allem auch hier im Rat - viele NEIN, sicher nicht. Dübendorf ist eine aktive Stadt mit vielen interessanten und aktiven Vereinen. Der Stadtchor bietet interessante Konzerte, die häufig ausverkauft sind. Er stellt so viele Stühle rein, wie feuerpolizeilich erlaubt sind, trotzdem können nicht alle kommen, die das wollen. Das Theater Einhorn hat aktuell wieder Saison und spielt momentan im Hecht. Alle 15 Vorstellungen sind bereits jetzt schon ausverkauft. Die Stadtmusik führt ihre Konzerte teils zweimal auf, damit genug Menschen Platz finden. Die Stadt selbst stellt jedes Jahr für den Muttertag ein Zelt auf, damit genügend Platz vorhanden ist. Der Dübi-Award musste dieses Jahr verschoben werden, weil das Air-Force Center umgebaut wird und unsere Stadt keine anderen geeigneten Räumlichkeiten hat. Sie sehen, in Dübendorf läuft einiges und das Raumangebot ist bereits heute zu knapp. Genügt das aber für einen grossen Saal, wie es die Initiative verlangt? Die Gegner eines Mehrzwecksaals behaupten, dass dieser nicht genutzt würde. Wir kamen auf fiktive Nutzungen von 5 Mal pro Jahr. Ich habe gegoogelt, wie das Saalangebot in anderen Gemeinden heute aussieht und wie gross diese Gemeinden sind. Auf der Seite [www.eventlokale.com](http://www.eventlokale.com), sieht man dazu folgende Resultate:

- |                  |                         |
|------------------|-------------------------|
| - Bäretswil      | Saal für 900 Personen   |
| - Fällanden      | Saal für 900 Personen   |
| - Gossau         | Saal für 550 Personen   |
| - Hombrechtikon  | Saal für 600 Personen   |
| - Zollikon       | Saal für 580 Personen   |
| - Küsnach        | Saal für 750 Personen   |
| - Wädenswil      | Saal für 640 Personen   |
| - Wetzikon       | Saal für 500 Personen   |
| - Bülach         | Saal für 2'000 Personen |
| - Dietikon       | Saal für 1'050 Personen |
| - Uster          | Saal für 666 Personen   |
| - Kloten         | Saal für 650 Personen   |
| - Oensingen SO   | Saal für 600 Personen   |
| - Neuendorf SO   | Saal für 1'400 Personen |
| - Breitenbach SO | Saal für 900 Personen   |
| - Trimbach       | Saal für 760 Personen   |
| - Olten SO       | Saal für 790 Personen   |



Betreffend Säle und deren Unterteilbarkeit: Es ist nicht einfach eine Phantasieidee, dass man einen Saal unterteilen kann. Vor kurzem war ich an einem Anlass in Windisch, bei dem wir zwei abgetrennte Teile des Saals parallel benutzten und auch einen gewissen Lärm verursachten. Dies hat sehr wohl funktioniert. Somit ist diese Unterteilung nicht nur eine Idee, sondern wird effektiv auch umgesetzt. Wenn man sich ein wenig für diese Thematik interessiert, dann sieht man, dass vieles möglich und denkbar ist. Natürlich können wir nicht beweisen, dass ein Mehrzwecksaal in Dübendorf von Anfang an ausgebucht sein wird. Wie so oft müssen neue Angebote auch zuerst bekannt werden. Oft kommt es auch vor, dass neue Angebote schlummernde Ideen wecken. So kann ich mir heute schon verschiedene Veranstaltungen im Mehrzwecksaal vorstellen. Sicher mal Veranstaltungen von Dübendorfer Vereinen wie bspw. dem Stadtchor, der Jugendmusik, der Stadtmusik und des Theaters. Sei es eine kantonale GV eines Vereins oder einer Partei. Dies ist heute nur möglich, wenn man wenige Mitglieder hat. Das Jahresschlussessen der Primarschule, welches momentan am Limit von der Grösse des Raumangebots in Dübendorf ist. Ein Gala-Anlass von einem Verein, der vielleicht noch gegründet werden muss. Ein Konzert mit bekannten Solisten. Ein grosses Geburtstagsfest mit 250 geladenen Gästen mit Essen und Konzert. Was ich mir nicht vorstellen kann, ist ein Konzert der Berliner Philharmoniker oder ein Stones-Konzert. Für das wäre das Zentrum von Dübendorf selbstverständlich zu klein. Sie sehen: Ideen gibt es viele und mit einem vorhandenen Saal wird es noch mehr geben. Ein Mehrzwecksaal soll also Ideen und Begehrlichkeiten wecken? Ja, das Zentrum von Dübendorf soll aktiv und lebendig werden. Es soll ein Leuchtturm-Projekt für die Zukunft unserer Stadt sein, damit unsere Stadt ein Zentrum hat, welches innovativ ist und gebraucht wird. Ein grosser Saal passt da sehr gut herein. Damit Dübendorf lebt und nie zu einer Schlafstadt verkommt.“

*Thomas Maier (glp/GEU)*

„Ich möchte Ihnen ganz kurz die Position der glp/GEU-Fraktion zu dieser vorliegenden Volksinitiative erläutern. Sie haben ja jetzt bereits ausführlich gehört, was die Volksinitiative will. Gerne rufe ich Ihnen in Erinnerung, was wir betreffend dem Grundstück Leepünt, im Besitz der Stadt Dübendorf, die letzten Jahre, ja fast Jahrzehnte, im Grundsatz für Vorstellungen hatten: Grundsätzlich möchten wir dieses, wohl sehr wertvolle Areal, im Herzen unserer Stadt im Moment ohne echten, zwingenden Grund nicht überbauen, sondern zukünftigen Generationen als Option und Möglichkeit überlassen. Dazu braucht es keine grossen Zwischennutzungen - ein einfach begrüntes, allen zugängliches Grundstück im Sinne eines einfachen Parks tut seinen Dienst alleweil dafür. Wir stehen immer noch dazu: Wenn die Stadt oder ein Privater mit einem glasklaren und ausgewiesenen Bedürfnis oder einer sehr überzeugenden Idee kommt und sich das Grundstück dafür anbietet, dann sind wir offen für eine Diskussion. Was wir immer klar abgelehnt haben und auch weiter ablehnen werden ist, das Grundstück nur des Bauens Willen zu überbauen, einfach damit es mal überbaut ist. Das kommt für uns, wie auch bereits von einem Vorredner erwähnt, nicht in Frage. In diesem Sinne fanden wir den Ansatz des Stadtrates zu Ende der letzten Legislatur spannend, der in einem zwar unkonventionellen Rahmen, aber offen für alle möglichen Ideen, mal einen, sagen wir, scheuen Planungsversuch mit allen Parteien und Fraktionen vorgenommen hat. Im Sinne eines „Soundings“ wollte er abstecken, was die Möglichkeiten für eine mittel- bis langfristige Entwicklung auf diesem Areal wären. Wir waren da offen - auch für eine Überbauung mit Wohnen, wenn diese einhergeht mit der Schaffung von Grünräumen und als zwei wichtigste Punkte, endlich einem echten Zentrum in Dübendorf mit, sagen wir mal, weniger Verkehr und einer Verkehrsberuhigung auf der Kreuzung vor dem Stadthaus und auf der Leepüntstrasse. Leider fanden diese unverbindlichen, offenen Gespräche ein jähes Ende, weil eine Partei meinte, sie müsse das jetzt mit der Lancierung einer Volksinitiative politisch ausnützen - der Volksinitiative über die wir eben heute zu befinden haben. Für uns ist da nicht nur das Vorgehen falsch, sondern auch der Inhalt. Die Volksinitiative bietet für uns keine überzeugenden Nutzungen, die es jetzt da unbedingt brauchen würde - auch nicht einen Stadtsaal. Noch mehr bebauten Raum in Dübendorf, der dann hauptsächlich leer steht? Ein Saal mit so vielen Plätzen, dass die Anzahl Vereine in Dübendorf, die diesen Saal füllen können, an einer Hand abzuzählen sind? Genau gleich wie die Anzahl der Tage im Jahr, an denen er gefüllt ist. Die vorher gehörten Beispiele tönen zwar verlo-



ckend. Es wird jedoch unterschätzt, dass Dübendorf als Agglomerationsgemeinde im brutalen Sog der Stadt Zürich steht. Somit werden wir es wahrscheinlich ein Stück schwieriger haben, solch grosse Veranstaltungen nach Dübendorf zu bringen. All dies haben wir schon einmal diskutiert und sind - unserer Meinung nach zu recht - zum Schluss gekommen, dass wir keinen Saal wollen. Es hat ja auch schon eine Volksabstimmung zu diesem Thema stattgefunden. Kurz zusammengefasst wurden damals die Kosten als zu hoch und der Nutzen als zu gering beurteilt. So einfach ist das. Und: wir haben ja schon ein Projekt in der Pipeline mit der Erweiterung der Oberen Mühle, wie vorhin auch der Sprecher der GRPK-Mehrheit erwähnt hat. Fazit: Lassen wir das alles besser bleiben und lehnen die Volksinitiative ab.“

*Bruno Fenner (BDP)*

„Leepünt und immer wieder Leepünt. Jetzt soll mit einer Volksinitiative die Zukunft des Leepünt-Areals besiegelt werden. Jeder Flurname hat doch irgendwie eine Bedeutung. Ich habe mir überlegt, für was der Name Leepünt stehen könnte. „Pünt“ ist noch einfach. Früher wurden Kleingärten, Schrebergärten oder Familiengärten, die günstig verpachtet wurden, so genannt. Für was könnte „Lee“ wohl stehen? Für Lee kommt mir ein Ausdruck vom Segeln in den Sinn. „Lee = die Wind geschützte Seite“ Übersetzt würde das Areal aus meiner Logik also „Windgeschützter Garten“ heissen. Wie lange debattieren wir schon über diesen windgeschützten Garten von Dübendorf? Was wurden schon alles für Ideen und Wünsche genannt? Die einen wollen ein Hotel, die anderen Wohnungen für Betagte, einige eine Wohnüberbauung mit Shoppingcenter, wieder Andere einen grossen Park mit Teich, Marktplatz etc. Dieses einmalige Grundstück im Zentrum weckt selbstverständlich Begehrlichkeiten. Nach dem Abbruch der alten Bauhofliegenschaften hat sich der Stadtrat ein weiteres Mal mit der Entwicklung des Areals auseinandergesetzt und es liegen diverse Pläne in der Schublade. Wir werden uns eher früher als später mit der Erweiterung oder gar einer Ergänzung zum Stadthaus befassen müssen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Dass der Stadtrat in diesem Gebiet auch die Möglichkeit für altersgerechtes Wohnen sieht (in welcher Form auch immer), freut mich persönlich natürlich sehr. Zum Glück hat das Stimmvolk vor über 20 Jahren den Bau des Stadtsaals verhindert. So haben wir heute noch die Möglichkeit zu bestimmen, was aus dem brachliegenden Areal entstehen soll. Nicht entstehen soll unter anderem ein überdimensionierter Stadtsaal für mindestens 600 Personen. Dieser Bedarf für einen derart grossen Saal ist bei weitem nicht ausgewiesen. Ich verstehe die Anliegen der Vereine nach mehr Räumlichkeiten sehr gut. Auch hier ist der Stadtrat ja bekanntlich nicht untätig geblieben. Aber die Verknüpfung mit einem Stadtsaal und fehlenden Räumlichkeiten für Vereine und das alles noch am falschen Ort, ist mir doch etwas „des Guten zu viel“. Den Vereinen wäre mit einer flexiblen Dreifachturnhalle irgendwo in Dübendorf sicher mehr geholfen, als mit einem Stadtsaal im Zentrum. Lassen wir den windgeschützten Garten noch ein bisschen so wie er ist. Nehmen sie den Initianten den Wind aus den Segeln und lehnen Sie zusammen mit der BDP die Volksinitiative ab. Besten Dank!“

***Daniel Burkhardt trifft ein.***

*Paul Steiner (SVP)*

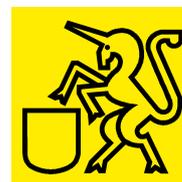
„Bei der Initiative „Stadtkern = Leepünt“ ist meistens nur vom Stadtsaal die Rede. Dabei geht leicht vergessen, dass die Initiative mehrere unterschiedliche Forderungen beinhaltet. Diese sind:

- 1. Forderung: ein Saal mit *mindestens* 600 Plätzen
- 2. Forderung Erstellung von weiteren Räumlichkeiten für Vereine und andere Gruppierungen von Dübendorf
- 3. Forderung ein Wohnanteil von mindestens 50 %, gemeinnützig erstellt und betrieben

Und obendrauf, sozusagen als Sahnehäubchen, käme dann noch ein absolutes Verkaufsverbot für das ganze Areal. Die SVP-Fraktion lehnt die Initiative entschieden ab. In erster Linie deshalb, weil schlicht und einfach kein Bedarf für einen Saal dieser Grösse besteht und damit verbunden eine rentable Nutzung nicht möglich ist. Es gibt in Dübendorf keinen einzigen Verein, der einen Saal mit 600



oder mehr Plätzen auch nur 5 Mal im Jahr füllen könnte. Alle Umfragen widersprechen den von Initiativ-Befürwortern immer wieder vorgebrachten Aussagen, diverse Vereine fänden keine geeigneten Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen. So hat auch die letzte Echoraum-Sitzung vom Februar 2015 gezeigt, dass nur 5 Musikvereine, inklusive Harmonikaverein und türkischer Musikverein, sowie ein Chor und ein Jodelclub einen Saal suchen, aber sicher keinen mit mehr als 200 Plätzen. Wenige Vereine, wie z.B. die Frauenriege oder der Jahrgängerverein, suchen eher eine Turnhalle. Der einzige Verein, der wirklich einen Theatersaal befürworten würde – und natürlich gerne kostenlos nutzen möchte wie heute den Hechtsaal – ist das Laien-Theater Einhorn. Aber auch für dieses wäre der geforderte Saal krass überdimensioniert, finden doch jedes Jahr an 20 bis 30 Tagen Aufführungen vor maximal 120 Zuschauern statt. Freiluft sind es vor einigen Jahren einmal 30 Vorstellungen mit zwischen 200 bis 250 Leuten gewesen. Für die SVP-Fraktion – in Übereinstimmung mit dem Stadtrat – wäre ein Stadtsaal, sollte dereinst tatsächlich ein Bedarf ausgewiesen werden können, an einem anderen Standort ausserhalb des Zentrums zu errichten, an verkehrstechnisch günstigerer Lage und nicht auf dem wertvollsten Boden im Zentrum. Für viele Veranstaltungsbesucher ist es elementar – ja oft Voraussetzung – bequem, sicher und mit ihrem bevorzugten Verkehrsmittel an- und abzureisen. Nicht alle wollen und können den öffentlichen Verkehr nutzen. Deshalb muss – will man einen Saal regelmässig füllen – ein genügendes Parkplatzangebot vorhanden sein. Die Initiative ist für die SVP eine Art Wunschkonzert. Wunschkonzert deshalb, weil sie sehr viel fordert aber wenig bis nichts wirklich begründet ist. Es ist keine Kosten-/Nutzenanalyse bekannt, es fehlen fundierte Aussagen bezüglich Investitions-, Betriebs- und Folgekosten und es liegt kein plausibles Betriebskonzept vor. Eigentlich fehlen jegliche betriebswirtschaftlichen Grundlagen, um eine dermassen hohe Investition überhaupt ins Auge zu fassen. Das überrascht nicht weiter, denn die Fakten würden mit Sicherheit ernüchternd ausfallen. Es ist immer wieder erstaunlich, mit was für masslosen Forderungen gewisse Parteien aufwarten, solange die Allgemeinheit dafür aufkommen soll. Die meisten dieser Forderungen würden gar nie entstehen, ginge es nicht „nur“ um Steuergeld. Als Beispiel, bezogen auf diese Initiative, käme ja auch niemand auf die Idee, ein Haus mit einem Wohnzimmer für 50 Personen zu bauen, nur weil zwei, drei Mal im Jahr ein paar Verwandte zu Besuch kommen. Gut ins Thema Wunschkonzert passt auch die zweite Initiativ-Forderung: Pauschal, ohne jedes „Mengengerüst“, werden weitere Räumlichkeiten für Vereine und andere Gruppierungen in Dübendorf gefordert. Was genau soll man darunter verstehen? Inakzeptabel für die SVP-Fraktion ist auch die dritte Forderung, nämlich die Auflage eines Wohnanteils von mindestens 50 %, gemeinnützig erstellt und betrieben sowie das absolute Verkaufsverbot für das ganze Areal. Solche Einschränkungen sind unnötig und ich kann mir nicht vorstellen, dass sie im Interesse der Allgemeinheit sind. Die SVP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass mit Grundeigentum, das der öffentlichen Hand, also den Steuerzahlern gehört, nicht nur sorgsam sondern auch wirtschaftlich ausgewogen umgegangen werden muss. Es kann nicht sein, dass in jedem Fall einer Grundstückveräusserung durch die Stadt Dübendorf nur von gemeinnützigem Wohnungsbau, von Genossenschaftsbauten, von Abgabe im Baurecht usw. gesprochen wird. Nein, je nach Standort, Ausgangslage, Grundstückspreisen usw. muss auch ein Verkauf an Investoren ein Thema sein. Im Weiteren begrüsst die SVP-Fraktion das Vorgehen des Stadtrats, nämlich das vorhandene Raumangebot zu optimieren und den Ausbau der Oberen Mühle einer vernünftigen Realisierung zuzuführen. Das Fazit der SVP-Fraktion zur Initiative ist eindeutig: Weder die Initiative als Ganzes, noch einzelne Punkte daraus sind unterstützungswürdig. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“



## Abstimmung

Die Volksinitiative „Stadtkern = Leepünt“ wird mit 29 zu 7 Stimmen abgelehnt.

## Beschluss

1. Die Volksinitiative „Stadtkern = Leepünt“ vom 7. Juli 2014 wird abgelehnt.
2. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten innert 18 Monaten seit der Einreichung der Initiative, d.h. bis spätestens 7. Januar 2016, zur Abstimmung unterbreitet.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 5. Bürgerrechtsgesuche:

---

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

### 5.1. Radice Maria, spanische Staatsangehörige, Usterstrasse 75, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 25/2014

---

#### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 4 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. RADICE Maria Luisa, spanische Staatsangehörige, geboren am 24. Dezember 1973 in Lamas (Spanien), verheiratet, Kosmetikerin, wohnhaft Usterstrasse 75, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**5.2. Magalhaes Nunes José und Rodrigues Proença Nunes Ana, portugiesische Staatsangehörige, sowie die Kinder Fabio und Tamara, Oskar-Bider-Strasse 23, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 28/2014**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Magalhaes Nunes
Vorname	Jose Manuel
Geburtsdatum	17. April 1982
Geburtsort	Sousela, Lousada / Portugal
Staatsangehörigkeit	Portugal
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Filialleiter
Adresse	Oskar-Bider-Strasse 23, 8600 Dübendorf

und seine Ehefrau

Name	Rodrigues Proença Nunes
Vorname	Ana Isabel
Geburtsdatum	03. April 1980
Geburtsort	Sao Cosmado, Armamar / Portugal
Staatsangehörigkeit	Portugal
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Kassierin und Hausfrau
Adresse	Oskar-Bider-Strasse 23, 8600 Dübendorf

sowie die Kinder

Name	Rodrigues Nunes
Vorname	Fabio
Geburtsdatum	16. Juli 2002
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Portugal
Zivilstand	ledig
Adresse	Oskar-Bider-Strasse 23, 8600 Dübendorf

und

Name	Rodrigues Nunes
Vorname	Tamara
Geburtsdatum	22. April 2009
Geburtsort	Uster ZH
Staatsangehörigkeit	Portugal
Zivilstand	ledig
Adresse	Oskar-Bider-Strasse 23, 8600 Dübendorf



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**5.3. Hoxhaj Rafet, kosovarischer Staatsangehöriger, sowie das Kind Anela, Birchenstrasse 21b, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 34/2015**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Hoxhaj
Vorname	Rafet
Geburtsdatum	13. Mai 1986
Geburtsort	Rudnik / Kosovo
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Filialleiter
Adresse	Birchenstrasse 21b, 8600 Dübendorf

sowie das Kind

Name	Hoxhaj
Vorname	Anela
Geburtsdatum	21. Juni 2014
Geburtsort	Uster ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Adresse	Oskar-Bider-Strasse 23, 8600 Dübendorf

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**5.4. Mouratova Natalia, russische Staatsangehörige, Tichelrütistrasse 24, Gockhausen /  
Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 35/2015**

---

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mouratova
Vorname	Natalia
Geburtsdatum	25. September 1969
Geburtsort	Omck / Russland
Staatsangehörigkeit	Russland
Zivilstand	geschieden
Beruf	selbständige Kosmetikerin
Adresse	Tichelrütistrasse 24, 8044 Gockhausen

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**6. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2014/15**

---

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 8 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen der Fragen kurz zu halten sind.

**1. Marcel Drescher (gIp/GEU): Hermikonstrasse**

„Wir stehen in Kontakt mit den Anwohnern der Hermikonstrasse (Abschnitt Usterstrasse - Chreis). Sie setzen sich bereits seit längerer Zeit aktiv für dringend notwendige Verkehrsberuhigungsmassnahmen ein. Die erhaltenen Informationen legen jedoch nahe, dass einerseits keine Tempo 30-Zone realisiert werden soll und andererseits sogar eine mit Landabtretungen verbundene Strassenverbreiterung geplant ist.“

*Fragen*

1. Welche Ziele verfolgt diese Planung, die den aktiv geäusserten Bedürfnissen der Anwohner widerspricht?
2. Der Stadtrat hat jahrelang immer wieder betont, dass er Tempo 30 zwar nicht flächendeckend, aber im Einzelfall realisieren will, wenn sowieso eine Sanierung ansteht. Wieso realisiert der Stadtrat an diesem Abschnitt der Hermikonstrasse jetzt nicht Tempo 30, das einerseits die von den Anwohnern dringend gewünschte Verkehrsberuhigung und andererseits eine klare Reduktion der Lärmbelastung in Einklang mit der neuen Lärmschutzverordnung des Bundes kostengünstig ermöglichen würde?“



*Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)*

„Geplant ist eine Strassensanierung inklusive Ersatz der Werkleitungen sowie eine Neugestaltung des Strassenraums. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der Stadtrat hat im Ganzen acht Varianten geprüft und diese für weitere Abklärungen und Optimierungen in Auftrag gegeben. Danach werden wir zuerst mit den Bewohnern sprechen und sie in dieses Projekt miteinbeziehen. Denn wir brauchen ihre Unterstützung. Sobald der Entscheid durch den Stadtrat getroffen wurde, werden Sie auch informiert. Betreffend Tempo 30: Eine einzelne Strasse kann gemäss Kantonspolizei nicht zu Tempo 30 erhoben werden, es müssen immer ganze Zonen sein.“

**2. Stefan Kunz (SP/Grüne):**

**Fussgängerstreifen Strehlgasse**

„Weshalb hat es beim Denner an der Strehlgasse keinen Fussgängerstreifen? Der Übergang wird von der Glatt her kommend oder vom Parkplatz des Denners aus von vielen Kindern und Erwachsenen genutzt. Es kommt immer wieder zu heiklen und gefährlichen Situationen beim Überqueren der Strasse.“

*Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)*

„Vor ca. 10 Jahren hatte es an fast dieser Stelle, beim Eingang des Denners, bereits einen Fussgängerstreifen. Damals hatte man gemeint, dass dieser durch die Kinder genutzt werde. In der Praxis hatte sich jedoch gezeigt, dass dem nicht so ist, weshalb der Fussgängerstreifen wieder entfernt wurde. Erst kürzlich wurden weitere Abklärungen mit der Kantons- und Stadtpolizei, der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU), den Verkehrserziehern und der Abteilung Tiefbau getroffen. Alle waren der Meinung, dass ein zusätzlicher Fussgängerstreifen an dieser Stelle zu gefährlich wäre. Links und rechts bestehen Ausfahrten. Einen Fussgängerstreifen bei Ausfahrten macht man aus Sicherheitsgründen nicht.“

**3. Stefan Kunz (SP/Grüne):**

**Entschärfung Stolperfalle Fussgängerübergang  
Obere Zelglistrasse**

„Könnte beim Fussgängerstreifen „Kreuzung Obere Zelglistrasse - Wilstrasse“ der Absatz beim Randstein aufgehoben werden? Normalerweise sind die Randsteine bei Fussgängerstreifen abgesschrägt und damit rollstuhl- und kinderwagentauglich.“

*Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)*

„Im Auftrag des Tiefbauvorstandes kann ich Ihnen mitteilen, dass ein Absenken des Randsteins möglich ist und gerne geprüft wird. Sollten keine grossen Kosten resp. Nachteile entstehen, werden wir dies auch in Auftrag geben.“

**4. Orlando Wyss (SVP):**

**Innovationspark Dübendorf**

„Zwei Mitglieder des Stadtrates Dübendorf sind die treibenden Kräfte für die Unterstützung des Innovationsparks Dübendorf. Lothar Ziörjen und Martin Bäumle machen seit Jahren Werbung für dieses Projekt, welches für Dübendorf in Sachen Infrastrukturkosten und Infrastrukturbelastung zukunftsweisend ist. Dübendorf wird nur Kosten und Belastungen zu tragen haben, aber keine Steuereinnahmen generieren können. Da von den anderen Stadträten in dieser Thematik nichts zu hören ist, gelange ich mit folgenden Fragen an den Stadtrat:



## Fragen

1. Besteht ein Stadtratsbeschluss, dass der Stadtrat das Projekt Innovationspark Dübendorf unterstützt? Wann wurde dieser Stadtratsbeschluss gefasst und welche Nummer hat dieser Stadtratsbeschluss?
2. Seit über acht Jahren sind die Grössenordnung, die Ausmasse und die Folgen für Dübendorf betreffend einer Realisierung des Innovationsparks Dübendorf bekannt. Wieso wurde die Bevölkerung von Dübendorf damals nicht in einer Konsultativabstimmung gefragt, wie sich die Stadt Dübendorf und insbesondere der Stadtrat Dübendorf bezüglich dieses Projektes positionieren sollen? Hat dies damit zu tun, dass der Stadtrat eine negative Rückmeldung fürchtete?
3. Was sind die Gesamtkosten, welche für die Stadt Dübendorf im Zusammenhang mit dem Innovationspark Dübendorf schon angefallen sind?“

## Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Die Fragen kann ich wie folgt beantworten:

1. Der Stadtrat hat nicht nur einen Beschluss gefasst. Es wurden zahlreiche Beschlüsse gefällt, um die jeweils nächsten Schritte zu legitimieren. Ich bitte dich, Orlando Wyss, um dein Verständnis, dass ich dir diese Liste der Stadtratsbeschlüsse jetzt nicht nennen kann. Diese werden wir jedoch gerne nachliefern. Der Stadtrat hat in jüngster Zeit eine positive Stellungnahme im Zusammenhang mit dem kantonalen Richtplan abgegeben. Ebenfalls eine Stellungnahme wurde zum kantonalen Gestaltungplan abgegeben, worin wir mit 20 Anträgen an den Kanton gelangten. Im Grundsatz wurde entschieden, den Innovationspark zu unterstützen. Bereits im Jahr 2010 haben wir im Legislaturprogramm bekannt gegeben, dass wir im Rahmen der Gebietsplanung unsere Haltung miteinbringen werden. Im aktuellen Legislaturprogramm von 2014-2018 ist diese Thematik ebenfalls wieder enthalten.
2. Auch in Dübendorf müssen wir darauf achten, rechtsverbindliche Abstimmungen durchzuführen. Nur so kann ein rechtsverbindlicher Auftrag der Bevölkerung an die Exekutive oder den Gemeinderat erteilt werden. Sollten Kosten auf die Stadt Dübendorf zukommen, werden diese selbstverständlich beim zuständigen Gremium (Gemeinderat oder Volksabstimmung) beantragt werden. Dafür ist es momentan jedoch noch zu früh, weil die entsprechenden Verfahren noch nicht so weit fortgeschritten sind. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Stadtrat jederzeit um die Stadtplanung sowie die Wirtschaftsförderung kümmert, so wie es in seinem Auftrag steht. Der Stadtrat ist gefordert, jederzeit vorausdenkend zu arbeiten und für den Gemeinderat die zu fällenden Entscheide entsprechend vorzubereiten. Die Möglichkeit einer solchen Konsultativabstimmung wurde nicht diskutiert, weil wir diese in diesem Fall nicht als zielführend erachtet haben bzw. wir grundsätzlich rechtsverbindliche Abstimmungen durchführen wollen. Angst haben wir selbstverständlich keine. Man muss sich bewusst sein, dass ein Stadtrat keine Angst vor Führungsaufgaben haben kann und darf. Er muss Fragen stellen, vorbereiten und entsprechend handeln. Entscheidungen des Volkes werden so akzeptiert, wie diese getroffen wurden. Angst muss man nicht haben und ich kann Ihnen versichern, dass wir auch keine haben. Der Stadtrat hat eigentlich nie Angst. Ich bin der Meinung, dass wir stufengerecht bleiben müssen. Dies heisst auch, dass wir mitreden müssen, wo etwas passiert. Umgekehrt wurde uns auch schon vorgeworfen, dass wir uns in die Entwicklungsfrage des Flugplatzes Dübendorf miteinbringen würden, obwohl wir das entstehende Vakuum nicht ausgelöst haben. Ausgelöst wurde dieses nämlich durch den Bund. Der Bund hat den Takt vorgegeben und der Kanton musste zusammen mit dem Bund die Verantwortung wahrnehmen, sich über den späteren Zeitpunkt Gedanken zu machen. Um den Flugplatz Dübendorf gibt es Anreinergemeinden, welche zwei Möglichkeiten haben: Entweder vergraben wir unseren Kopf im Sand und sagen, dass wir nicht wissen wollen, was geplant wird, oder wir wollen dabei sein und mitgestalten können. Das Thema ist hochpolitisch und emotional und nicht unbedingt sachgerecht, wenn man es mittels einer Konsultativabstimmung bearbeiten würde.



3. Der Stadtrat hat sich zu dem Zeitpunkt, als über das Gebietsmanagement gesprochen wurde, an einer Kostenteilung beteiligt. Der Bund hat die Hauptkosten übernommen, der Kanton hat einen Teil übernommen und die restlichen Kosten wurden auf die Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) und die drei Anreinergemeinden des Flugplatzes aufgeteilt. Alle haben einen Beitrag bezahlt. Den genauen Betrag kann ich auswendig nicht abrufen, er bewegt sich aber zwischen Fr. 10'000.00 und Fr. 30'000.00 pro Jahr. Die genaue Zahl werden wir nachliefern. Wir haben uns in der ersten Phase beteiligt. In der letzten Phase, die jetzt gemacht wird, werden die Kosten durch den Bund und den Kanton bezahlt. Weiterhin haben wir jedoch das Mitspracherecht, welches wir auch geltend gemacht haben. Ich will auch noch anmerken, dass dieses Projekt ein Katalysator für all das ist, was die Wirtschaft braucht. Es ist ein wichtiges wirtschaftliches Projekt, worin sich die Stadt Dübendorf einbringen und beteiligen kann. Wir müssen in die Zukunft schauen, denn es ist ein Mehrgenerationenprojekt, welches einen unheimlichen Multiplikator haben wird. Konkret kann ich Ihnen heute nichts über die Wertschöpfung sagen. Ein vergleichbares Beispiel dafür ist aber die Glattalbahn. Gegen eine Milliarde Franken wurde dort ungefähr investiert. Bis ins Jahr 2015 wurde dadurch ein Bauvolumen von rund neun Milliarden Franken ausgelöst. Dieses Geld floss in die Wirtschaft und wir alle profitieren davon. Ich kann Ihnen sagen, dass andere Regionen der Schweiz dankbar um solche Wertschöpfungsmöglichkeiten wären. Bei der Glattalbahn erwarten wir bis ins Jahr 2020 weitere Investitionen von fünf Milliarden Franken. Man muss sehen, dass solche Projekte nachhaltig und wichtig für unsere Wirtschaft sind. Die Stadt Dübendorf sollte als Standortgemeinde nicht nebensächlich stehen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass ich die Fragen einigermaßen vollständig beantworten konnte. Erlauben Sie mir aber noch ganz kurz eine Bemerkung, welche mit dieser Anfrage nichts zu tun hat: Ich stelle fest, dass das, was Sie sich in Ihrer Geschäftsordnung gesetzt haben, eigentlich je länger je mehr nicht mehr „Fragestunde-Fähig“ ist. Die Fragen haben teilweise eher den Charakter einer Interpellation. Wenn Sie Fragen stellen, mit 1., 2., 3., 4., dann wird es teilweise schwierig, diesen auf Ebene der Fragestunde noch gerecht werden zu können. Sie wollen gut bedient werden und richtige Antworten erhalten. Auch wir wollen richtige Antworten geben und sind durchaus bereit, auch eine Interpellation entgegen zu nehmen, damit wir diese Fragen sauber abklären können. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie merken, dass eine Fragestunde für Fragen mit hohem Detaillierungsgrad nicht das richtige Instrument ist.“

*Orlando Wyss (SVP)*

„Nur noch eine kurze Präzisierung, damit es der Stadtrat nicht so schwierig hat: Mich interessieren die Stadtratsbeschlüsse vor dem 18. Dezember 2007.“

*Nachtrag zum Protokoll*

Die mündliche Antwort von Stadtpräsident Lothar Ziörjen kann wie folgt ergänzt werden:

„Die deutliche Haltung des Stadtrates zu den Themen Flugbetrieb und Innovationspark vor dem 18.12.2007 geht u.a. aus folgendem SR-Beschluss hervor:

- Nr. 2007-403 vom 8.11.2007 „Flugplatz Dübendorf; 2. Zwischenbericht Strategieguppe, Entwicklungsziele für den Flugplatz“

## 5. Bruno Eggenberger (BDP):

## Solaranlagen der Badeanstalt

„Wir haben in Dübendorf ja eine sehr schöne Badi. Sicher nutzen diese auch viele hier im Raum und konnten feststellen, dass wir letztes Jahr etwas schneller schwimmen mussten, wenn wir nicht frieren wollten. Dies, weil die Solaranlage leider nicht mehr in Betrieb war, da sie totalsaniert werden musste. Nun haben wir eine neue Anlage, die sich in der Bauphase befindet. Dazu stelle ich folgende Fragen:



## Fragen

1. Wie weit sind die Arbeiten der Solaranlagen der Badeanstalt abgeschlossen?
2. Kann die Warmwasseraufbereitung mit der Eröffnung der Badeanstalt in Betrieb genommen werden?
3. Was für einen Vorteil hat die Bevölkerung von der neuen Anlage in Bezug auf die Temperatur?“

## Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)

„Besten Dank für diese Frage, somit kann ich auch gleich Werbung machen dafür. Wenn die Anlage fertiggestellt ist, werden wir seitens Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf (SFD) auch noch einen Bericht im Glattaler machen. Die Arbeiten wurden Ende letztes Jahr vergeben und sind jetzt im Gang. Die Investitionen, die wir jetzt tätigen, waren bereits vorgängig immer im Jahr 2015 geplant. Leider wurden wir letztes Jahr durch Verschmutzungen im Wasser überrascht, welche einen Zusammenhang mit den Solarabsorbern hatten, weshalb wir die Anlage abstellen mussten. Gemäss Terminplan sollte die Anlage ab dem 15. April 2015 in Betrieb genommen werden können. Die Badi öffnet am 1. Mai, somit hätten wir eine Testphase von zwei Wochen, in denen die Regulierung richtig eingestellt werden kann. Die Anlage ist eine Solar-Absorberanlage, welche nicht zu verwechseln ist mit einer Solaranlage, wie man sie im herkömmlichen Sinn kennt. Die Anlage besteht aus Platten mit Hohlkörpern, in welche kaltes Wasser gepumpt wird. Dieses bleibt auf der Dachfläche liegen, bis es ca. 50° Celsius erreicht. Danach wird das warme Wasser in die Becken des Schwimmbades verteilt. Wir erwarten durchschnittliche 1.5 - 2° Celsius wärmeres Badewasser für die Bevölkerung. Aufgrund des Wetters kann dieser Wert variieren.“

## 6. Daniel Brühwiler (glp/GEU):

### Arbeiten am Glattkanal

„Bereits in der letzten Fragestunde im September 2014 gab der Stadtrat zu diesem Thema Auskunft. Unter anderem hat er damals festgehalten, dass zwei Varianten zur Diskussion stehen: Reparatur des Dammes oder Erstellung einer Auenlandschaft. Wenn man zurzeit entlang dem Glattkanal spazieren geht, kann man feststellen, dass der Wasserstand immer noch abgesenkt ist. Daher bitte ich den Stadtrat um Antworten zu folgenden Fragen:

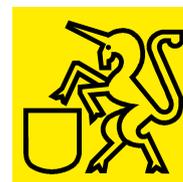
## Fragen

1. Welche der beiden im September 2014 erwähnten Varianten gelangt zur Ausführung?
2. Wann ist der Abschluss des Projektes geplant und in welcher Grössenordnung liegen die Kosten, welche die Dübendorfer Rechnung belasten wird?“

## Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Die provisorischen Arbeiten sind abgeschlossen, wofür wir eine Bewilligung für fünf Jahre vom Kanton erhielten. Im Februar haben wir den Bericht über die Sanierungsmöglichkeiten des Glattkanals erhalten. Der Stadtrat hat den Bericht an den Kanton weitergeleitet. Nach Rücksendung der Stellungnahme durch den Kanton zu den von Daniel Brühwiler bereits erwähnten zwei Varianten, wird der Stadtrat eine Entscheidung treffen. In diesem Bericht wurden auch Schätzungen über die Kosten für die Sanierungsmöglichkeiten aufgeführt:

- Kanalsanierung:                      rund      Fr. 1'300'000.00  
→ Alleine durch die Stadt Dübendorf zu tragen.  
→ Unterhalt durch die Stadt Dübendorf zu tragen.
- Auenlandschaft:                      rund      Fr. 3'300'000.00  
→ ca. 60-80 % würden durch den Bund übernommen werden.  
→ Unterhalt durch den Kanton zu tragen.



Die Kosten müssten dann zuerst in die Investitionsrechnung eingestellt werden und die Ausführung könnte ca. im Jahr 2018/2019 erfolgen. Vorgängig muss klar festgehalten werden, ob die Leaderfunktion durch die Stadt Dübendorf oder den Kanton Zürich übernommen wird. Sobald wir aufgrund der Stellungnahme durch den Kanton mehr wissen, werden wir weiter informieren.“

*Daniel Brühwiler (glp/GEU)*

„Verstehe ich das richtig: Dadurch, dass die provisorischen Arbeiten abgeschlossen wurden, passiert bis ins Jahr 2018 oder 2019 nichts mehr?“

*Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)*

„Ja, das ist richtig. Die provisorischen Arbeiten haben uns Zeit und Luft verschafft, um das Projekt auf diese Weise vorwärtszutreiben. Somit müssen wir nicht aus einer Not heraus etwas sanieren. Man muss auch bedenken, dass eine Kanalsanierung nur ungefähr 25 Jahre hält. Mit einer Auenlandschaft wären wir da bedeutend besser dran. Nach der Abwägung aller Punkte muss der Stadtrat zuerst einen Variantenentscheid treffen und danach das Geld sprechen resp. das Geld durch den Gemeinderat sprechen lassen.“

## **7. Hans Baumann (SP/Grüne):**

### **Wohnbauförderung**

„Der in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 angenommene Gegenvorschlag zur Initiative „Wohnen für alle“ sieht einen neuen Artikel in der Gemeindeordnung vor. Dieser verlangt vom Stadtrat, dass er Wohnbauförderung betreibt. Und ja, das heisst übrigens, dass bei jedem Grundstück der Stadt Dübendorf abgeklärt werden muss, ob dort Wohnbauförderung betrieben sowie preisgünstiger Wohnungsbau erstellt werden kann. Paul Steiner hat dies bei seinem Referat zum Leepünt angezweifelt. Ich mache ihn darauf aufmerksam, dass dies ein Volksauftrag ist. Gerade diese Seite der Politik, die sich sonst immer sehr darum bemüht, dass Volksentscheide wörtlich und seriös umgesetzt werden, stört sich beim Leepünt anscheinend daran. Aber offensichtlich gilt dieser Einsatz für die Umsetzung nur für eigene Volksinitiativen.“

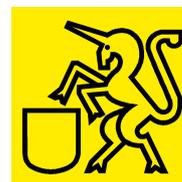
#### *Fragen*

1. Wurde die Gemeindeordnung bereits mit dem neuen Artikel ergänzt?
2. Wenn nein, wann geschieht dies?
3. Ab wann ist der neue Artikel rechtskräftig?“

*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

„So einfach wie die Fragen sind, sind auch die Antworten:

1. Ja
2. -/-
3. Nach der Volksabstimmung bedarf es der Genehmigung durch den Regierungsrat, welche am 30. April 2014 erfolgte. Seit diesem Datum ist der Artikel rechtskräftig und in der Gemeindeordnung enthalten. Die aktuelle Gemeindeordnung ist auf der Website der Stadt Dübendorf ersichtlich.“



## 8. Flavia Sutter (SP/Grüne):

### Lindenplatz

„Die provisorische Umgestaltung des Lindenplatzes wirft Fragen auf, vor allem im Hinblick auf die definitive Gestaltung, die gemäss Gesamtverkehrskonzept im Jahr 2016/2017 erfolgen soll.

#### *Fragen*

1. Gibt es für Velofahrer eine Möglichkeit, vom Bahnhof her kommend in die Wallisellenstrasse über die Fussgängerzone einzubiegen? Möglich ist es jetzt zwar, aber wohl nicht ganz legal.
2. Der Platz beim Einhornbrunnen wurde asphaltiert und wirkt jetzt nicht sehr einladend zum Verweilen. Wie soll der Platz nachher aussehen? Wird ein Landschaftsarchitekt beigezogen?“

#### *Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)*

„Die Umgestaltung des Lindenplatzes musste relativ schnell angegangen werden, weil er seit rund fünf Jahren ein Unfallschwerpunkt war. Wie Flavia Sutter sagte, ist die Umgestaltung noch nicht fertig, das „Provisorium“ soll aber trotzdem funktionieren. Es ist auch richtig, dass der Stadtrat noch etwas anderes geplant hat, zusammen mit weiteren Projekten. Diese Projekte sind aber noch nicht ausgearbeitet. Für die definitive Gestaltung soll dem Gemeinderat zu gegebener Zeit eine mehrheitsfähige Vorlage unterbreitet werden. Im Moment ist keine Velospur über den Fussgängerbereich geplant. Ob dies in der Endgestaltung eine Möglichkeit ist, ist Sache der Planung. Auch die Asphaltierung wurde so gemacht, da es sich um ein Provisorium handelt. In der Endgestaltung wird diese sicher anders aussehen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass auch in der Endgestaltung ein Bereich asphaltiert bleiben wird. Die Zufahrten mit Lastwagen für die Gewerbetreibenden müssen gewährleistet sein.“

#### **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Patrick Schnider (SP/Grüne) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf § 151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 20.40 Uhr

---

#### **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Beatrix Peterhans  
Gemeinderatssekretärin



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schnider  
Gemeinderatspräsident

Angelika Murer Mikolasek  
Stimmzählerin

Barbara Schori  
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger  
Stimmzähler